



Konsolidierungsabkommen mit Zentralafrika

Aufgrund des Antrags des EVD vom 28. September 1983,

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

1. Der Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Republik Zentralafrika wird gemäss den vorstehenden Erwägungen im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Republik Zentralafrika über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Protokollauszug an:				
<input type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	15	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	1	-
	X	Fin. Del.	2	-

Für den getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Republik Zentralafrika - Zahlungsaufschub

Die Republik Zentralafrika befindet sich seit einigen Jahren in zunehmendem Masse in Zahlungsbilanzschwierigkeiten. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), von welchem es Kreditfazilitäten von insgesamt 18 Mio SZR zugestanden erhielt, hat die Regierung von Zentralafrika ein umfassendes Sanierungsprogramm eingeleitet, welches u.a. auch die Konsolidierung von Schulden vorsieht. Diesem Begehren wurde anfangs Juli 1983 im Rahmen des "Club de Paris" für garantierte kommerzielle Kredite entsprochen, in Form der dafür üblichen Empfehlungen an die Regierungen der Gläubigerländer.

Der Bundesrat wird ersucht, das BAWI zu ermächtigen, mit Zentralafrika ein Abkommen über die Konsolidierung von ERG-gedeckten Forderungen abzuschliessen. Entsprechend den Empfehlungen von Paris wird die Vereinbarung Zahlungsrückstände aus dem Jahre 1982 umfassen, herrührend aus Krediten mit einer Laufzeit von über einem Jahr und basierend auf Lieferverträgen, die vor dem 1. Januar 1983 abgeschlossen wurden. 90 Prozent der zu konsolidierenden Beträge sollen in 10 gleich hohen Semesterraten, die erste fällig am 31. Dezember 1988, die letzte am 30. Juni 1993, überwiesen werden. Die restlichen 10 Prozent sind in zwei Raten à je 5 % am 30. Juni 1984 und 30. Juni 1986 zu leisten. Der Zinssatz ist, zu marktgerechten Bedingungen (gegenwärtig 6,75 %), bilateral festzulegen. Die in Paris ebenfalls vorgesehene Stundung der Fälligkeiten von 1983 betrifft die Schweiz nicht.

Die Konsolidierung stellt einen Akt internationaler Solidarität gegenüber einem Entwicklungsland dar. Für die Schweiz wird der Zahlungsaufschub Fr. 4,2 Mio nicht übersteigen. Es handelt sich um den Restbetrag aus bereits früher konsolidierten Fälligkeiten. Das Schadenbetreffnis wurde durch die ERG bereits ausbezahlt, so dass keine neue Belastung entsteht.

Die Antragstellung erfolgt einvernehmlich mit dem EDA und der Eidg. Finanzverwaltung.

19.9.1983



2310.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Ausgeteilt

3003 Bern, den 28. September 1983

Nicht für die PresseAn den BundesratRepublik Zentralafrika - Zahlungsaufschub

Vertreter westlicher Gläubigerstaaten und internationaler Finanzierungsinstitute haben am 8. Juli 1983 im Rahmen des Club de Paris - nach 1981 - ein zweites Gesuch der Republik Zentralafrika um eine weitere Konsolidierung seiner Schulden geprüft. Die Modalitäten dieser Operation wurden in der üblichen Form von Empfehlungen an die Regierungen der beteiligten Staaten, gemeinsam mit den Vertretern des Schuldnerlandes, festgelegt.

1. Gründe und Ausmass der Verschuldung

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von \$ 300 (1980) zählt die Republik Zentralafrika zu den 36 ärmsten Entwicklungsländern der Welt. 80 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Neben der reinen Subsistenzwirtschaft werden Kaffee, Baumwolle und Tabak angebaut, die rund 36 % der Exporterlöse erbringen. Daneben verfügt das Land über bedeutende Holzvorkommen und Diamanten, die zusammen mit dem Export von Elfenbein die restlichen Deviseneinnahmen (60 %) ausmachen.

Die Republik Zentralafrika, die über keinen direkten Zugang zum Meer verfügt und dementsprechend benachteiligt ist, hat die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftsrezession besonders stark zu spüren bekommen. Das Bruttoinlandprodukt hat sich in den letzten 4 Jahren real um 10 % zurückgebildet.

Wohl hat die 1. Konsolidierung der Republik Zentralafrika gewisse finanzielle Erleichterungen gebracht, doch die Gründe, die 1981 eine Konsolidierung erforderlich machten, haben auch heute noch Gültigkeit. Zu nennen sind die Verschlechterung der "terms of trade", das chronische Budgetdefizit, bedingt durch einen aufgeblähten Beamtenapparat, der 66 % der Budgetausgaben verschlingt, das Zahlungsbilanzdefizit und die Bildung neuer Zahlungsrückstände aus Schulden von der Bokassa-Zeit. Dazu gesellen sich die Auswirkungen der grossen Trockenheit. Zentralafrika riskiert bis zu 90 % der Kaffee-Ernte von 1983/84 zu verlieren. Durch die verschiedenen Abwertungen des Franzosenfrankens hat sich auch die Aussenschuld in nicht-französischer Währung vergrössert.

Immerhin sind die Grössenordnungen der wirtschaftlichen Werte in der Republik Zentralafrika weit bescheidener, verglichen mit jenen anderer afrikanischer Staaten. So betrug die Aussenschuld per Ende 1982 mit einer Laufzeit von über 1 Jahr 74,2 Mrd CFA F (= ca. 410 Mio SFr.) oder 34,5 % des BIP. Im Verhältnis zu den Exporten von 1982 (36,3 Mrd CFA F) beträgt die Aussenschuld mehr als das Zweifache. Wohl konnte Zentralafrika im vergangenen Jahr den Schuldendienst der früher konsolidierten Beträge gewährleisten, nicht aber jenen der neuen Fälligkeiten von 1982. Die Bildung neuer Zahlungsrückstände von ca. 18 Mio SFr. war die Folge. Das Zahlungsbilanzdefizit per Ende 1982 betrug rund 31 Mio SFr.

2. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF)

Das Resultat der Verhandlungen mit dem IMF im März 1983 besteht in einem einjährigen "stand-by arrangement", welches Kreditfazilitäten in der Höhe von 18 Mio SZR vorsieht. Die Regierung ist entschlossen, durch ein strenges Massnahmenpaket (Kreditrestriktionen, Lohnstop, Personalabbau, Steuererhöhungen, Abbau von Zahlungsrückständen etc.) das Budgetdefizit von 5,6 Mrd

CFA F im Jahre 1982 auf 2,6 Mrd CFA F per Ende 1983 zu reduzieren.

Parallel dazu soll durch ein dreijähriges nationales Aktionsprogramm (1983-85) mit Hilfe der Weltbank die Exportproduktion diversifiziert und gefördert, das interne und externe Gleichgewicht wieder hergestellt und den Basisbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Das Programm sieht öffentliche Investitionen in der Höhe von rund 475 Mio SFr. vor und soll eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3 % ermöglichen.

3. Abkommen

An den Konsolidierungsverhandlungen vom 8. Juli 1983 im Rahmen des Club de Paris einigten sich die Regierungsvertreter auf folgende Empfehlungen, die im beiliegenden Entwurf zu einem bilateralen Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für zentralafrikanische Schulden berücksichtigt sind. Es ist nicht zu erwarten, dass nennenswerte Änderungen eintreten. Andernfalls würde dem Bundesrat ein entsprechender neuer Antrag unterbreitet.

Erfasst werden garantierte kommerzielle Zahlungsrückstände per Ende 1982 in der Höhe von 4,2 Mio SFr., die noch nicht konsolidiert oder beglichen sind, mit einer Kreditlaufzeit von mehr als einem Jahr (Art. 1). Die in Paris ebenfalls vorgesehene Stundung der Fälligkeiten von 1983 betrifft die Schweiz nicht. 90 % der gestundeten Beträge sollen in 10 gleich hohen Semesterraten zwischen 1988 und 1993 beglichen werden, die restlichen 10 Prozent in 2 Raten am 30. Juni 1984 und 30. Juni 1986 (Art. 2). Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten (Art. 3). Der Konsolidierungszinssatz, der bilateral auszuhandeln ist, wird zu marktnahen Bedingungen festgelegt (gegenwärtig ca. 6,75 %); die Zinszahlungen sind halbjährlich fällig (Art. 4). Artikel 5 enthält die Meistbegünstigungsklausel, und

Artikel 6 bestimmt, dass das Abkommen bei Unterschrift in Rechtskraft tritt. Das Inkrafttreten bei Unterschrift hat den Vorteil, dass Verzögerungen und Unsicherheiten in der Abwicklung vermieden werden. Im vorliegenden Fall ist insbesondere ein rascher Abschluss erwünscht.

4. Auswirkungen auf die Schweiz

In absoluten Zahlen ist die Schweiz nach Frankreich der zweitgrösste Gläubiger. Die zu konsolidierenden Zahlungsrückstände belaufen sich auf 4,2 Mio Franken. Es handelt sich um den Restbetrag eines einzigen Geschäftes der Firma Adolph Saurer AG, Arbon, das zu 75 % bei der ERG versichert war. Das Schadenbetroffnis ist bereits ausbezahlt.

Gemäss BRB vom 14. Januar 1981 wird bei der Konsolidierung von ERG-gedeckten Forderungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet. Aus der Konsolidierung mit der Republik Zentralafrika werden sich soweit weder für den Bund noch für die ERG neue Verpflichtungen ergeben. Hingegen werden bezüglich der Rückzahlung von bereits geleisteten Schadenvergütungen klare Verhältnisse geschaffen.

Unter dem ersten Abkommen von 1981 ist Zentralafrika bisher seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Schweiz im Betrag von über 4 Mio Franken jeweils pünktlich nachgekommen.

Durch den Bundesbeschluss vom 17. März 1966 (AS 1966, 893), verlängert durch die Bundesbeschlüsse vom 18. März 1970 (AS 1970, 1707) und 20. Juni 1980 (AS 1980, 1483) ist der Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland ermächtigt.

5. Konsultation anderer Dienststellen

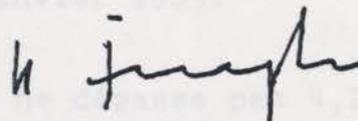
In einem Kleinen Mitberichtsverfahren sind das EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst, und die Eidg. Finanzverwaltung konsultiert worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

A n t r a g :

1. Der vorliegende Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Republik Zentralafrika wird gemäss den vorstehenden Erwägungen im Sinne von Verhandlungsinstruktionen genehmigt.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Republik Zentralafrika über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilage: Abkommensentwurf

Zum Mitbericht an:

- EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Eidg. Finanzverwaltung

A c c o r d

entre le Gouvernement de la Confédération suisse et
le Gouvernement de la République Centrafricaine
concernant le rééchelonnement de dettes centrafricaines

Le Gouvernement de la Confédération suisse

et

le Gouvernement de la République Centrafricaine,

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal agréé
signé le 8 juillet 1983 à Paris entre représentants de certains
pays créanciers, dont la Suisse, et représentants du Gouvernement
de la République Centrafricaine,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Tombent sous les dispositions du présent Accord les dettes de la République Centrafricaine, en principal et intérêt, échues avant le 1er janvier 1981 et non encore réglées ni consolidées, au titre de crédits commerciaux garantis par la Confédération suisse, d'une durée supérieure à un an et ayant fait l'objet d'un contrat conclu avant le 1er janvier 1983.
2. Le montant global de ces échéances ne dépasse pas 4,2 millions de francs suisses. Les échéances ainsi concernées par cet Accord sont spécifiées dans une liste séparée faisant partie intégrale de cet Accord. Tout changement nécessite un accord réciproque.

Article 2

Les dettes de la République Centrafricaine spécifiées à l'article premier seront remboursées comme suit:

- 5 % le 30 juin 1984
- 5 % le 30 juin 1986
- 90 % en 10 versements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 31 décembre 1988 et le dernier le 30 juin 1993.

Article 3

Les paiements prévus dans le cadre de cet accord se feront à la diligence de la Caisse Autonome d'Amortissement des Dettes de l'Etat en francs suisses libres par l'intermédiaire de l'Union Bancaire en Afrique Centrale Bangui à une banque suisse à désigner.

La Caisse Autonome d'Amortissement des Dettes de l'Etat fera parvenir une copie des ordres de paiement respectivement à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures à Berne, ainsi qu'au Bureau de la garantie contre les risques à l'exportation à Zurich.

Article 4

Le Gouvernement de la République Centrafricaine s'engage à payer un intérêt sur les soldes impayés des dettes. Cet intérêt sera calculé à partir de l'échéance contractuelle de ces dettes jusqu'à la date de leur paiement et sera versé semestriellement à la banque suisse à désigner, le 30 juin et le 31 décembre de chaque année, pour la première fois le 31 décembre 1983. La comptabilisation se fera sous forme de compte courant tous les 6 mois.

Le taux d'intérêt sera de % par an.

ConfidentielArticle 5

Le Gouvernement de la République Centrafricaine s'engage

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera à tout autre pays créancier pour le refinancement ou le rééchelonnement de dettes de termes comparables;
- b) à informer à cette fin le Gouvernement suisse des dispositions de tout accord de refinancement ou de rééchelonnement de dettes qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet article.

Article 6

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à _____, le _____ en deux exemplaires en langue française.

Pour le Gouvernement de la
Confédération suisse:

Pour le Gouvernement de la
République Centrafricaine:

4. Les adresses des entités participant à l'exécution de l'accord auquel se réfère le présent Protocole sont les suivantes:

Confidentiel

P r o t o c o l e

à

l'Accord entre la Suisse et la République Centrafricaine
concernant le rééchelonnement de dettes centrafricaines
du

Le Gouvernement suisse et le Gouvernement de la République Centrafricaine sont convenus des dispositions complémentaires suivantes à l'Accord de rééchelonnement de dettes centrafricaines du

1. L'article premier de l'Accord vise les paiements relatifs aux livraisons de marchandises qui, conformément aux prescriptions suisses en vigueur en matière de certificats d'origine, sont considérées comme suisses et aux prestations de service d'origine suisse.
2. Est déterminante, pour les créances suisses résultant des dettes centrafricaines qui font l'objet de la consolidation, la liste figurant en annexe. Cette liste fait partie intégrante de l'Accord. Elle pourra être modifiée (par exemple du fait d'annulations de commandes, de modifications de prix, de déclarations ultérieures).
3. La banque à désigner prévue à l'article 3 de l'Accord est l'Union de Banques Suisses (UBS), case postale, 8021 Zurich.
4. Les adresses des entités participant à l'exécution de l'Accord auquel se réfère le présent Protocole sont les suivantes:

Du côté suisse:

Office fédéral des affaires économiques extérieures
 du Département fédéral de l'économie publique
 Palais fédéral
 3003 Berne

Responsables: MM. R. Gerber (tél. 61 22 44) et
 L. Georges (tél. 61 22 43)

Télex: 33151

Bureau de la garantie contre les risques à l'exportation
 Case postale
 8032 Zurich

Tél. : 47 66 54

Télex: 54924

Union de Banques Suisses
 Financement à l'exportation
 Case postale
 8021 Zurich

Tél. : 234 48 62

Télex: 54461

Du côté centrafricain:

Caisse Autonome d'Amortissement des Dettes de l'Etat (CAADE)
 Case postale 899
Bangui

Télex: SOCATI 5217 RC

Pour le Gouvernement de la

Confédération suisse:

Pour le Gouvernement de la
 République Centrafricaine: